

Ängste und Kritik ernst nehmen

Schulstruktur: Das Kultusministerium (KM) empfiehlt die Weiterentwicklung der Hauptschulstrukturen – mit der Diskussion über Schulstruktur hat das nichts zu tun.

Was kommt bei veränderten Schulstrukturen auf uns zu? Diese Frage beschäftigt Lehrer/innen intensiv. Sie ruft massive Ängste und Kritik hervor. Die Gründe sind vielfältig: Ein Schulsystem, das Schüler/innen in sehr heterogenen Gruppen zusammenfasst, ist für viele weder organisatorisch vorstellbar noch sind die Lehrer/innen darauf vorbereitet dort zu unterrichten. Was muss sich in den Schulen aller Schularten ändern, wenn Schüler/innen länger gemeinsam lernen sollen? Derzeit

kennzeichnen fehlende Diagnosekompetenz, ungenügende Förderkonzepte und ungeeignete Rahmenbedingungen die baden-württembergische Schulwirklichkeit.

Die Ängste werden verstärkt durch Maßnahmen des KM zur sog. Weiterentwicklung der Hauptschule. Sie sind geeignet, Lehrer/innen und ihren Schulen zusätzliche, nicht lösbare Probleme aufzuladen. Dabei leisten sie keinerlei Beitrag zur Überwindung der Ungerechtigkeit, die die Schulstruktur schafft.

Sie sollen das nach Auffassung des KM auch ausdrücklich nicht, denn „Regionalschulen/Verbundschulen und Orientierungsstufen kommen nicht in Betracht“.

Die Motivation der Landesregierung für die „Weiterentwicklung“ der Hauptschule ist durchsichtig. Die vielen kleinen Hauptschulen verbrauchen immense Ressourcen. Dies soll geändert werden. Deshalb hat Minister Rau mit Schreiben vom 6. November alle Schulträger gebeten „die Schulraumbestände

Kritik an der Schulstrukturdebatte

Seit dem Frühjahr wird in Baden-Württemberg intensiv über die Schulstruktur diskutiert. Ausgangspunkt war der Brief oberschwäbischer Schulleiter/innen mit der Forderung nach einem längeren gemeinsamen Lernen. Diese Forderung wird von der GEW Baden-Württemberg einhellig unterstützt. Die Diskussion um die Einführung einer Sekundarschule wird auch in der GEW teilweise strittig geführt. Kolleg/innen der Realschule Obrigheim haben in einem Brief an die GEW den Einsatz für ein zweigliedriges Schulsystem kritisiert. b&w druckt diesen Meinungsbeitrag der Kolleg/innen als Teil der notwendigen Diskussion.

Als langjährige Mitglieder der GEW wehren wir uns gegen das „Sofortprogramm für die Hauptschule“ (b&w 1-2/07). Dort wird de facto die Abschaffung der Realschule gefordert. Schon lange hat uns der Einsatz der GEW für eine zweigliedrige Schule geärgert. Diese Forderung richtet sich eindeutig gegen die Interessen der Realschüler/innen. Auch die Schüler/innen der anderen Schularten werden durch die Abschaffung der Realschule keinen Vorteil haben.

Wir unterstützen alle Forderungen, die das Arbeiten und Lernen an den Hauptschulen verbessern helfen. Unbedingt sollte man den Rückgang der Schülerzahlen an den Hauptschulen nutzen um den Klassenteiler zu senken. Die Probleme vieler

Hauptschüler/innen erfordern das Arbeiten in kleinen Gruppen mit intensiver persönlicher Betreuung und Zuwendung und natürlich auch eine Ganztagschule. Auch die Einstellung von Schulpsychologen und Sozialarbeitern an Hauptschulen können wir nur bejahen. Absolut richtig finden wir die Forderung nach besserer Bezahlung und Erniedrigung der Deputatshöhe für die Hauptschullehrer/innen. Warum wird aber hier nur mit den Realschullehrer/innen verglichen und nicht mit den Gymnasiallehrer/innen? Und wo bleiben die Verbesserungen für die Fachlehrer/innen, die auch an den Hauptschulen unterrichten?

Und wo bleibt die Forderung nach einer tatsächlichen Gesamtschule? Ach ja, unter Punkt D findet man diesen Gedanken. Das klingt sehr nach Zukunftsvision, an die man selbst nicht mehr glaubt. Es ist doch klar, dass nach einer Einführung eines zweigliedrigen Schulsystems die Gesamtschule gestorben ist. Nach all den Investitionen, Änderungen, Verbitterungen, Protesten, (...) die diese Veränderungen mit sich bringen, wird sich für lange Zeit kein Politiker mehr wagen, sich für die Gesamtschule einzusetzen. Wozu auch? Die Kinder der Politiker werden weitgehend im Gymnasium (in der Oberschule) sitzen und mit den Problemen der „Restschule“ wenig zu tun haben.

Wie wird es aber den Schüler/innen in den „Regionalschulen“ ergehen?

Sie werden wieder in größeren Klassen sitzen, denn man hat nun ja wieder höhere Schülerzahlen. Die Probleme der ehemaligen Hauptschüler/innen werden nicht verschwinden, aber man wird sie nicht mehr so deutlich sehen. Man wird dann auch nicht mehr so viele Psychologen und Sozialarbeiter brauchen. Man hat ja jetzt etwas für die Hauptschüler/innen getan. Zumindest für ihr Image, denn sie sind nun keine Hauptschüler/innen mehr, sondern Regionalschüler/innen zusammen mit den ehemaligen Realschüler/innen. Ist nun jemand eine Stufe aufgestiegen oder jemand eine Stufe ab?

Was aber wird sich tatsächlich für die „Hauptschüler/innen“ verbessern? Werden sie wirklich besser und leichter lernen? Werden die „Realschüler/innen“ sie wirklich mitziehen, wie sie es (angeblich) schon in der Grundschule getan haben? Werden sie nun tatsächlich leichter einen Ausbildungsplatz bekommen? Werden ihre Noten im direkten Vergleich mit den Realschüler/innen besser werden und/oder werden wieder verschiedene Kursabstufungen in den Zeugnissen stehen?

Wir glauben, man könnte für die Hauptschüler/innen an den bestehenden Hauptschulen durch die oben angesprochenen Reformen und durch die besondere Förderung ihrer Fähigkeiten wesentlich mehr erreichen. Deutschkurse, Ausweitung der musischen und technischen Fächer, Stärkung des Grundwissens

sowie die längerfristige Einwohner-, Geburten- und Schülerzahlentwicklung im Schulbezirk der jeweiligen Hauptschule/Schulen zu erheben und örtlich/regional abgestimmte Lösungsansätze zu erarbeiten, erforderlichenfalls gemeinsam mit benachbarten Schulträgern“. Die Daten und die konzeptionellen Überlegungen sollen bis zum 1. Februar 2008 den unteren Schulaufsichtsbehörden übersandt werden.

Eine Mindestschulgröße wurde bislang nicht festgelegt. 17 Schüler/innen pro Jahrgangsstufe und weniger sollen „Anlass für Maßnahmen zur Schaffung einer zukunftsfähigen Standortstruktur im Hauptschulbereich“ sein.

Es lohnt sich die Vorschläge des KM

genau zu betrachten, weil dann das Ziel der „Weiterentwicklung“, nämlich Ressourcen einzusparen, sehr leicht entlarvt werden kann: Zahlreiche Hauptschulen wurden im vergangenen Jahr bereits geschlossen, zusammengelegt, in Außenstellen umgewandelt. Das bringt keinerlei Vorteil für die Schüler/innen. Es führt nur dazu, dass Schulleitungs- und Lehrerstellen eingespart werden. Jahrgangübergreifender Unterricht wird propagiert, der – sogar nach offizieller kultusministerieller Verlautbarung – nach wissenschaftlichen Ergebnissen positiv zu bewerten ist. Es stellt sich die Frage, weshalb das KM in diesem Fall heterogene Lerngruppen unterstützt, Heterogenität innerhalb eines Jahr-

gangs bei längerem gemeinsamem Lernen in der Sekundarstufe 1 weiterhin konsequent ablehnt. Qualifiziert werden die Lehrer/innen für diese Aufgabe nicht.

Kooperation zwischen Hauptschule und Realschule

Ein bunter Strauß weiterer „Begleitender Maßnahmen“ wurde veröffentlicht, die auf eine engere Kooperation zwischen Hauptschulen und Realschulen abzielen. Von „gemeinsamen außerunterrichtlichen Angeboten“ ist die Rede, die in der Regel nur einen Appell an das finanzielle Engagement des Schulträgers darstellen. Schulartübergreifende Unterrichtsangebote wie Projek-

Dokumentation

und der Grundfertigkeiten, soziale Betreuung und Stärkung des sozialen Lernens. Nutzen wir doch die Chancen der abnehmenden Schülerzahlen!

Was wird mit den Realschüler/innen in den Regionalschulen geschehen? Inwiefern wird sich ihre schulische Situation verbessern, wenn ein Teil ihrer bisherigen Klassenkameraden durch bisherige Hauptschüler/innen ersetzt werden? Werden sie tatsächlich leichter und besser lernen? Auch heute fällt uns schon auf, wie schwächere und/oder verhaltensauffällige Schüler/innen ganze Klassen bremsen können. Dass dies verbessert wird, indem man die Zahl der auffälligen Schüler/innen erhöht, ist nicht nachvollziehbar.

Die Realschule dürfte heute die Schule sein, in der die Zufriedenheit unter Schüler/innen, Eltern und auch Lehrer/innen am höchsten ist. Wir glauben keineswegs, unsere Schule sei besser als die Hauptschule oder haben etwa „Standesdünkel“ (wie uns schon vorgeworfen wurde). Dafür gibt es keinerlei Anlass. Wir wissen aber, dass wir eine Schule haben, an der sich unsere Schüler/innen wohl fühlen, an der sie etwas lernen können und wollen und an der in angepasster Weise auf sie eingegangen wird. Und wir sind nicht bereit, diese Schule unausgegoren und nicht zu Ende gedachten politischen Überlegungen widerspruchslos zu opfern.

An unseren Realschulen gibt es eine immer größere Zahl von Schüler/innen mit einer Bildungsempfehlung für das Gymnasium. Viele Eltern entscheiden sich trotzdem für die Realschule, um ihren Kindern den Stress des achtjährigen Gymnasiums zu ersparen. Sie wissen, dass ihre Kinder an der Realschule gute Betreuung und Lernchancen erhalten und ihnen nach der Mittleren Reife viele Möglichkeiten offen stehen. In einer Nachbarschule haben im letzten Jahr 44 Schüler mit Gymnasialempfehlung die Realschule vorgezogen. Diese Kinder werden nach Einführung eines zweigliedrigen Schulsystems ganz sicher das Gymnasium wählen. Auch die Schüler/innen mit „nur“ Realschulempfehlung fühlen sich wohl und für viele Eltern aus Arbeiterkreisen und Familien mit Migrationshintergrund ist es ein Erfolg, dass ihre Kinder eine Realschule besuchen können und so später den Zugang zum Abitur oder zu einer weiterführenden Berufsausbildung haben. Diese Schule soll ihnen durch Forderungen der GEW genommen werden.

Die Probleme der Hauptschule werden durch den Zusammenschluss nicht gelöst, sondern auf die Realschüler/innen übertragen. Die Chance der intensiven Betreuung und Weiterbildung, die durch den Rückgang der Schülerzahlen an den Hauptschulen besteht, wird nicht genutzt. Wir sind der Meinung, dass die GEW mit der Forderung nach einer Regionalschule die falschen Interessen ver-

tritt: die der sparwütigen Politiker, der Bürgermeister, denen es prestigeträchtig erscheint eine Regionalschule am Ort zu haben, der Gymnasiallobby, die ihre Schule als Oberschule erhalten will, und aller, die auch auf weite Zukunft hinaus eine Gesamtschule mit einer wirklich grundlegenden Änderung des Unterrichts- und Lernsystems verhindern wollen.

Statt einer undurchdachten Schulstrukturreform brauchen die Schulen jetzt etwas anderes:

- Mehr junge Lehrer/innen
- Kleine Klassen an allen Schulen
- Sozialarbeiter und Psychologen
- Ganztagschulen
- Gleiches Gehalt und gleiche Deputatsstundenzahl für alle Lehrer
- Klassenlehrerstunden und pädagogische Deputatsstunden
- Wieder etwas Ruhe an den Schulen, Zeit und Muße um neue Ideen aufzunehmen ...
- Kein Herumdoktern an Symptomen

Die Schulen brauchen keine kurz-sichtigen Pseudolösungen sondern ein tragfähiges Konzept im Hinblick auf eine grundsätzliche Veränderung und vor allem Verbesserung des Schulsystems im Sinne einer tatsächlichen Gesamtschule. Dafür sollte sich die GEW einsetzen.

Martin Stumpf, Alfred Haberstroh und die GEW Kolleg/innen der Realschule Obrigheim, Schubertstraße 2, 74847 Obrigheim

te, Förderangebote und gemeinsamer Unterricht in Sport, Musik und Kunst werden angestrebt. Zu befürchten ist, dass dies in der Regel zu größeren Lerngruppen führt. Es kann nicht als Fortschritt betrachtet werden, wenn die Realschüler/innen in Ermangelung eigener Stunden die wenigen Förderstunden der Hauptschule in Anspruch nehmen.

„Leistungsstarke Hauptschüler/innen sollen in bestimmten Fächern am Unterricht der Realschule teilnehmen“ können. Dass weder Fächer noch Fächerverbünde zwischen Haupt- und Realschule kompatibel sind, wird überhaupt nicht thematisiert. Außerdem: Heißt das, dass Haupt- und Realschule ihren Stundenplan in allen betroffenen Fächern parallel organisieren? Oder versäumen Hauptschüler/innen ihren Deutschunterricht, um den schulartübergreifenden Sportunterricht zu besuchen? Was bedeutet es, wenn in die vollen Realschulklassen in Deutsch zwei Jungs, und in der nächsten Stunde in Englisch drei

Mädchen zusätzlich kommen? Werden ihnen Hauptschul- oder Realschulnoten erteilt? Der indiskutable Klassenteiler von 33 bleibt unangestastet. „Gezielte Fördermaßnahmen“, die den späteren Wechsel in die Realschule ermöglichen sollen, werden für die leistungsstarken Hauptschüler/innen in Aussicht gestellt – ohne jegliche Konkretisierung. Mehr als die Erteilung dieses zusätzlichen Arbeitsauftrags hat das KM für die beteiligten Lehrkräfte nicht zu bieten. Die so entstehende Heterogenität kann Lehrkräften bei den derzeitigen Rahmenbedingungen nicht zugemutet werden.

„Schulartübergreifender Lehrereinsatz und Vertretungsorganisation“ gehören ebenfalls zu den sog. innovativen Elementen. Bisher müssen selbst an verbundenen Haupt- und Realschulen die Lehrerwochenstunden penibelst auseinander sortiert bleiben. Jetzt soll es auch anders möglich werden.

All diese Maßnahmen wurden vollmundig öffentlich angekündigt.

Erst danach beginnt das Denken. Kultusministerielle Arbeitsgruppen zerbrechen sich derzeit den Kopf, ob und wie dies alles überhaupt rechtlich und praktisch umgesetzt werden kann. Aus pädagogischer Sicht sind diese Maßnahmen allesamt abzulehnen. Hauptschule und Realschule auf diese Weise zusammenzuführen, schadet allen Beteiligten. Die richtige Antwort auf die Krise des Schulsystems, die sich am klarsten am Schülerrückgang der Hauptschulen offenbart, ist längeres gemeinsames Lernen aller Schüler/innen. Die GEW muss rein kosmetische Eingriffe und weitere Belastungen der Lehrkräfte an Haupt- und Realschulen ablehnen. Der Eindruck drängt sich auf, dass die für die Hauptschulen Verantwortlichen ganz offensichtlich ohne klare Konzeption arbeiten. Dies wird das Sterben der Hauptschule eher beschleunigen als bremsen.

Doro Moritz

Der Kommentar: Die Diskussion geht weiter

Die Initiative „Länger gemeinsam Lernen“ hat den Stein im Frühjahr ins Wasser geworfen – und die Diskussion schlägt Wellen. Sie sind inzwischen selbst beim KM angekommen. Dort werden verzweifelt Konzepte entwickelt, die Hauptschulen zu stabilisieren. Auch der von der Stiftung Kinderland BaWü neu ausgelobte Schülerpreis für die Klassen 5 und 6 der Hauptschulen ist nur ein weiterer Versuch, die strukturellen Probleme zu übertünchen. Natürlich gibt es an Hauptschulen tolle Schüler/innen und Lehrer/innen – aber auch die engagierteste Arbeit kann die Probleme des gegliederten Schulsystems nicht lösen.

Die grundsätzliche Position der GEW zur Schulstruktur ist eindeutig. Sie fordert die Schule für alle und tritt für ein längeres gemeinsames Lernen aller Schüler/innen ein. Die GEW Baden-Württemberg hält angesichts der herrschenden Verhältnisse den Zwischenschritt über eine Sekundarschule für möglich. Gegen diese Position gibt es ernst zu nehmende Kritik,

auch unter unseren Mitgliedern. Der Text aus Obrigheim benennt die Probleme, die eine falsch umgesetzte Zusammenführung von Haupt- und Realschulen mit sich bringen kann.

Auch überregional wird die Diskussion über die Schulstruktur heftig geführt. In der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ haben Wissenschaftler/innen und Politiker/innen unter der Überschrift „Schluss mit dem Streit!“ eine zweigliedrige, bundesweit einheitliche Sekundarschulstruktur gefordert. Neben dem Gymnasium sollen Haupt-, Real- und Gesamtschulen zu einer einheitlichen Schulform mit eigener Oberstufe zusammengefasst werden. Ziel der neuen Schulform sollte es sein, möglichst alle Schüler/innen zu einem ersten Bildungsabschluss und möglichst viele zum mittleren Abschluss oder zur Hochschulreife zu führen. Was aus den Sonderschulen werden soll, wird nicht angesprochen. Dem Aufruf haben Verbände und Einzelpersonen heftig widersprochen. Sie befürchten,

dass die Schüler/innen einer wie auch immer gearteten Schulform in Konkurrenz zum Gymnasium, über kurz oder lang wieder zu den Verlierer/innen des Bildungssystems gehören. Statt dessen fordern sie eine „Schule für alle“.

Die GEW hat am 24.11. deutlich gemacht, dass die Schulstrukturdebatte kein Selbstzweck ist. Das gegliederte Schulwesen beschädigt die Lern- und Entwicklungschancen aller Schüler/innen! Deshalb muss die Debatte ehrlich geführt werden, auch wenn dabei manche Konflikte aufbrechen. Tiefgreifende Veränderungen gibt es nicht ohne Auseinandersetzungen. Und manchmal sind Zwischenschritte erforderlich. Ich halte auf dem Weg zur „Schule für alle“ den Schritt über eine neue Sekundarschule für richtig. Sie muss gleichberechtigt neben dem Gymnasium stehen und den Schüler/innen den Zugang zum Abitur ermöglichen. Auf jeden Fall zwingt uns der Zustand des Schulsystems zum Handeln. Und zwar bald.

Michael Hirn

Der erwähnte Zeit-Artikel steht unter: <http://www.zeit.de/2007/48/C-Resolution>